Kleine Anfrage

der Abg. Daniel Born und Katrin Steinhülb-Joos SPD

und

Antwort

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Kostensteigerung bei Schulranzen und Unterstützungsangebote für Familien

Kleine Anfrage

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung, insbesondere dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, die gestiegenen Kosten für Schulranzen und die damit verbundenen Belastungen für Familien bekannt?
2. Wie steht die Landesregierung zu der aktuellen Preisentwicklung bei Schulranzen und bei der Grundausstattung für Kinder, die eingeschult werden?
3. Welche finanziellen Fördermöglichkeiten bestehen derzeit für Familien in Baden-Württemberg, um die Anschaffungskosten für Schulranzen und Grundausstattung abzufedern?
4. In welcher Weise unterstützen die Jobcenter und Sozialämter Familien hinsichtlich der Kosten für Schulranzen und Grundausstattung im Kontext der Einschulung?
5. Welche Unterstützungsangebote bestehen für Familien, die keine Transferleistungen beziehen, aber dennoch von den gestiegenen Kosten erheblich belastet sind?
6. In welcher Weise werden Familien, Kindertageseinrichtungen und Schulen über bestehende Fördermöglichkeiten informiert?
7. Wie stellen Kindertageseinrichtungen und Schulen sicher, dass alle Familien – insbesondere solche mit niedrigem Einkommen – rechtzeitig und umfassend über Unterstützungsangebote informiert werden?

8. Welche konkreten Maßnahmen werden derzeit von der Landesregierung sowie den Kommunen, den Kirchen und gemeinnützigen Organisationen verfolgt oder sind geplant, um Familien bei der Bewältigung der Kosten für die Einschulung zukünftig stärker zu unterstützen?
9. Welche Unterschiede stellt die Landesregierung hinsichtlich der Preisentwicklung von Schulranzen und der Grundausstattung von Kindern für die Einschulung bei der Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten zwischen städtischen und ländlichen Regionen in Baden-Württemberg fest?

17.4.2025

Born, Steinhilb-Joos SPD

Begründung

Die Preise für Schulranzen und die benötigte Grundausstattung für Kinder, die eingeschult werden, sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Hauptgründe hierfür sind gestiegene Produktionskosten, teure Lizenzgebühren für beliebte Markenmotive sowie ein zunehmender Markendruck. Viele Familien, insbesondere solche mit geringem Einkommen, stehen dadurch vor großen finanziellen Herausforderungen. Fördermöglichkeiten wie die Leistungen für Bildung und Teilhabe reichen oft nicht aus, um die tatsächlichen Kosten zu decken. Gleichzeitig hängt die Nutzung von Unterstützungsangeboten wesentlich davon ab, ob Familien frühzeitig und umfassend informiert werden. Vor diesem Hintergrund eruiert die Kleine Anfrage den bestehenden Handlungsbedarf, um Teilhabe für alle Kinder zu sichern.

Antwort

Mit Schreiben vom 14. Mai 2025 beantwortet das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus sowie dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Sind der Landesregierung, insbesondere dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, die gestiegenen Kosten für Schulranzen und die damit verbundenen Belastungen für Familien bekannt?
2. Wie steht die Landesregierung zu der aktuellen Preisentwicklung bei Schulranzen und bei der Grundausstattung für Kinder, die eingeschult werden?

Zu 1. und 2.:

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Landesregierung ist bekannt, dass die Kosten für die Anschaffung von Schulranzen in den letzten Jahren deutlich angestiegen sind.

Die Schulbedarfspauschale ebenso wie das Sozialrecht insgesamt liegen in der Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers. Die Landesregierung kann deshalb aus der aktuellen Preisentwicklung bei Schulranzen und bei der Grundausstattung für Kinder innerhalb ihrer landrechtlichen Kompetenz keine Konsequenzen ziehen, nachdem der Bund seine Gesetzgebungskompetenz gemäß Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 durch die Sozialgesetzbücher 1 bis 12 genutzt hat.

3. Welche finanziellen Fördermöglichkeiten bestehen derzeit für Familien in Baden-Württemberg, um die Anschaffungskosten für Schulranzen und Grundausstattung abzufedern?

4. In welcher Weise unterstützen die Jobcenter und Sozialämter Familien hinsichtlich der Kosten für Schulranzen und Grundausstattung im Kontext der Einschulung?

Zu 3. und 4.:

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Sozialämter unterstützen Familien hinsichtlich der Kosten für Schulranzen und Grundausstattung im Kontext der Einschulung durch Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) gem. §§ 34 ff. Sozialgesetzbuch (SGB) XII. Die Unterstützungsleistungen können jedes Jahr beansprucht werden und sind nicht auf das Schuljahr der Einschulung begrenzt.

Anders als bei den weiteren Bildungs- und Teilhabebedarfen des § 34 SGB XII ist für die Berücksichtigung der Bedarfe für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf kein Antrag erforderlich.

§ 34a Absatz 1 Satz 2 SGB XII stellt klar, dass einer nachfragenden Person für Bedarfe nach § 34 SGB XII Leistungen erbracht werden, wenn sie diese nicht aus eigenen Kräften und Mitteln vollständig decken kann, auch wenn keine Regelsätze zu gewährt sind. Das heißt, dass auch Schülerinnen und Schüler beziehungsweise Kinder und Jugendliche, deren notwendiger Lebensunterhalt ansonsten aus eigenen Kräften und Mitteln bestritten werden kann, einen Leistungsanspruch haben, wenn die eigenen Mittel nicht oder nur teilweise für die Deckung der Bedarfe für Bildung und Teilhabe ausreichen.

Die Bedarfe für die Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf werden pauschal abgegolten. Zur Ausstattung gehören neben Schulranzen auch die weiteren Schreib-, Rechen- und Zeichenmaterialien (z. B. Blei- und Malstifte, Füller, Hefte und Mappen, Lineal).

Bei Schülerinnen und Schülern wird für den Monat, in dem der erste Schultag eines Schuljahres liegt, ein Bedarf in Höhe von 130 Euro (Stand: 2025) und für den Monat, in dem das zweite Schulhalbjahr eines Schuljahres beginnt, ein Bedarf in Höhe von 65 Euro (Summe: 195 Euro) anerkannt.

Der Teilbetrag für das erste Schulhalbjahr wird kalenderjährlich mit den in der maßgeblichen Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung nach den §§ 28a und 40 Nummer 1 SGB XII bestimmten Prozentsätzen fortgeschrieben. Der Teilbetrag für das zweite Schulhalbjahr beträgt gem. § 34 Absatz 3a Satz 1 und Satz 2 SGB XII 50 Prozent des Teilbetrags für das erste Schulhalbjahr. Die jeweils geltenden Beträge können auch der Anlage zu § 34 SGB XII entnommen werden.

Auch Familien, die Bürgergeld nach dem SGB II beziehen können die zuvor ausgeführten Leistungen auf der Grundlage des § 28 SGB II erhalten.

Familien, die sich im Übergang vom Bürgergeldbezug zu einem hiervon unabhängigen Leben befinden, können ggf. einen Anspruch auf einmalige Unterstützungsleistungen haben. Die Jobcenter bieten umfassende Beratung und Unterstützung im Einzelfall an und vermitteln ggf. Kontakte zu weiteren Hilfsangeboten.

5. Welche Unterstützungsangebote bestehen für Familien, die keine Transferleistungen beziehen, aber dennoch von den gestiegenen Kosten erheblich belastet sind?

Zu 5.:

Unabhängig davon, ob Familien Transferleistungen beziehen oder nicht, gibt es in den Kommunen zahlreiche unterschiedliche Initiativen und Angebote, häufig auf ehrenamtlicher Basis, die Familien mit geringen finanziellen Mitteln oder mit vielen Kindern bei der Beschaffung eines Schulranzens oder anderen Bestandteilen der schulischen Grundausstattung unterstützen.

Das gesamte Ausmaß dieser Angebote ist der Landesregierung nicht bekannt, es können jedoch einzelne herausragende Maßnahmen beispielhaft benannt werden:

Das Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut in Federführung des Gesundheitsamts Ostalbkreis führt seit 2024 an mehreren Orten im Landkreis einen „ABC-Basar“ durch. Es handelt sich um einen Secondhand-Verkauf von Schulranzen, verbunden mit einer Bastelaktion für Schultüten, Informationen zu gesundem Pausenvesper, einem Ernährungsquiz und Herstellen von Zahnpasta, verschiedenen Sport- und Bewegungsangeboten, Hinweisen für den sicheren Schulweg sowie Informationen zum Umgang mit verschiedenen digitalen Medien.

Der Verein Kinderchancen Singen e. V., der zusammen mit der Stadt Singen auch Träger des Präventionsnetzwerks gegen Kinderarmut in Singen ist, führt mit Kooperationspartnern, wie zum Beispiel der Tafel, eine „Schulranzen-Aktion“ durch, um allen Kindern einen stolperfreien, motivierten Schuleinstieg zu ermöglichen. Jährlich werden ca. 100 neue und ansprechende Schulranzen-Sets für Kinder aus der Kernstadt Singen für einen geringen Preis von 15 Euro verkauft. Um sicherzustellen, dass die Schulranzen auch bei den richtigen Familien ankommen, findet eine enge Zusammenarbeit mit den Kitas, Familienberatungen und den Wohlfahrtsverbänden statt.

Die Diakonie Kreisverband Ludwigsburg veranstaltet unter anderem zusammen mit der Kreisparkasse Ludwigsburg jährlich vor dem Schulstart eine Schulranzen-Aktion. Die „Aktion Schulstart“ möchte Kindern einen unbeschwerteten Schulbeginn ermöglichen. Dabei erhalten Familien, die nicht das nötige Geld für die teure Erstausrüstung haben, materielle Unterstützung in Form von Schulranzen.

Mehrere örtliche Diakonische Werke im Raum Baden, zum Beispiel in Bruchsal, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Lahr, Lörrach, Mannheim haben zusammen mit Stiftungen, Service Clubs, der Tafel und anderen Spenderinnen und Spendern zum Schulstart 2024/2025 zur Entlastung bedürftiger Familien Aktionen für Schulanfängerinnen und Schulanfänger organisiert. In Zusammenarbeit mit lokalen Partnerinnen und Partnern wurden Schulranzen und viele weitere Materialien an Familien ausgegeben, für die die Erstausrüstung ihres Kindes zum Schulbeginn ein großer finanzieller Kraftakt bedeutet.

Seit 2008 findet die Aktion Schulranzen der Caritas in Kooperation mit der Diakonie, dem kommunalen Jobcenter und dem Kinderschutzbund in Tuttlingen, Spaichingen und Trossingen statt. Ca. 60 Kinder profitierten Jahr für Jahr von der Aktion, sie erhalten ein neues Schulranzen-Set. Das ist für die Eltern, die zum Schuljahresbeginn noch vieles andere für ihre Erstklässler besorgen müssen, eine spürbare Entlastung. Das Sozialamt im Landkreis Tuttlingen informiert die Familien, die Bürgergeld erhalten, im Vorfeld über die Aktion. Die neuen Schulranzen-Sets konnten bisher aufgrund der großzügigen Unterstützung durch Spenden von Firmen und Einzelpersonen zu günstigen Konditionen bei Einzelhändlern vor Ort eingekauft werden.

Auf dieselbe Weise wird eine Schulranzen-Aktion auch im Raum Rottweil durchgeführt.

6. *In welcher Weise werden Familien, Kindertageseinrichtungen und Schulen über bestehende Fördermöglichkeiten informiert?*

7. *Wie stellen Kindertageseinrichtungen und Schulen sicher, dass alle Familien – insbesondere solche mit niedrigem Einkommen – rechtzeitig und umfassend über Unterstützungsangebote informiert werden?*

Zu 6. und 7.:

Die Fragen 6 und 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Wer Bürgergeld bezieht, erhält Informationen vom zuständigen Jobcenter. Familien, die Sozialhilfe, Wohngeld, den Kinderzuschlag oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, erhalten Informationen über die örtlichen Träger der Sozialhilfe (Stadt- und Landkreise). Es gehört nicht zum Auftrag der Schulen und Kindertageseinrichtungen, Eltern über Fördermöglichkeiten zu informieren, zumal die Berechtigung der Eltern, die Grundlage für eine Beratung wäre, den Einrichtungen nicht bekannt ist.

Darüber hinaus sind die erforderlichen Informationen in öffentlich zugänglichen Quellen verfügbar.

8. *Welche konkreten Maßnahmen werden derzeit von der Landesregierung sowie den Kommunen, den Kirchen und gemeinnützigen Organisationen verfolgt oder sind geplant, um Familien bei der Bewältigung der Kosten für die Einschulung zukünftig stärker zu unterstützen?*

Zu 8.:

Entsprechende Maßnahmen wurden in der Antwort auf Frage 5 dargestellt. Darüber hinaus obliegen solche Planungen in Wahrnehmung der Zuständigkeit für das Sozialrecht dem Bund, nicht der Landesregierung.

9. *Welche Unterschiede stellt die Landesregierung hinsichtlich der Preisentwicklung von Schulranzen und der Grundausstattung von Kindern für die Einschulung bei der Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten zwischen städtischen und ländlichen Regionen in Baden-Württemberg fest?*

Zu 9.:

Solche Unterschiede sind der Landesregierung in Ermangelung einer statistischen Grundlage nicht bekannt. Im Übrigen wäre eine Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Regionen in Zeiten des Internethandels auch nicht mehr zielführend.

Schopper

Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport